

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
Jürgen Thurau  
Rathaus  
34576 Homberg

Homberg, 05.09.2018

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Thurau,

die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Homberg (Efze) reicht folgenden Änderungs- / Ergänzungsantrag zum Thema Abschaffung von Straßenbeiträgen ein.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt einen Beschlussentwurf vorzulegen, der eine grundsätzliche Abschaffung von Straßenbeiträgen in der Kreisstadt Homberg (Efze) zum 1.1.2019 beinhaltet.
2. Die Magistrat fordert das Land Hessen auf, den Kommunen ausreichende Finanzmittel für die Erhaltung und Sanierung von Straßen zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Der Hessische Landtag hat im Mai 2018 ein Gesetz zur Aufhebung des Erhebungszwangs von Straßenbeiträgen beschlossen. Danach obliegt es den Kommunen selbst zu entscheiden, ob Straßenbeiträge erhoben werden.

Den Kommunen werden für diese Zwecke allerdings keine zusätzlichen Landesmittel bereitgestellt.

Die zurzeit in Homberg (Efze) gültige Straßenbeitragssatzung wurde im Jahr 1999 vor dem Hintergrund der damals gültigen Rechtslage beschlossen.

In Ihrer Anwendung führt sie aber immer wieder zu einer ungerechten Gebührenfestsetzung einzelner Grundstückseigentümer.

Die Berechnungsparameter stehen häufig in keinem schlüssigen Zusammenhang für die Nutzung der jeweiligen Straßen. So ergibt sich etwa aus dem Bewertungsfaktor „Grundstücksfläche“ keinerlei Anhaltspunkt für die tatsächliche Nutzung/Abnutzung einer Straße.

Eine Ungleichbehandlung von Grundstückseigentümern der verschiedenen Stadtteile besteht allein schon dadurch, dass der durchschnittliche Qualitätszustand der Straßen in den Stadtteilen deutliche Unterschiede aufweist.  
Außerdem ist für die Berechnung der Beiträge ein permanenter Pflegeaufwand der Bestandsdaten erforderlich, der durch die Abschaffung eingespart wird.

Da die gesetzliche Verpflichtung zur Beitragserhebung aufgehoben wurde und Homberg keine finanziell schwache Kommune ist, fordert die FWG die sofortige Abschaffung von Straßenbeiträgen.

Damit folgen wir dem Beispiel von Bad Zwesten, Knüllwald, Bebra und Eschwege. Ohne Straßenbeiträge hat unsere Kommune einen klaren Standortvorteil für Kaufinteressenten von Immobilien.

Bürokratie wird abgebaut und der Bürger wird spürbar entlastet.